

Komlosy: Die andere Mauer

Fortsetzung von Seite I

Zollwache zum Schutz ihrer Industrien in Stellung zu bringen. – Deutschland und die USA hingegen konnten sich ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ganz im Sinne des „Erziehungszolls“ hinter protektionistischen Mauern von Zollverein beziehungsweise Reichsgründung sowie der Union einer immer größeren Zahl von Staaten als ernst zu nehmende Herausforderer Großbritanniens etablieren. Ihr industrieller Aufschwung, den sie der erfolgreichen Entwicklung neuer Leitsektoren, Technologien und Arbeitsregime verdankten, ließ auch sie nach neuen Beschaffungs- und Absatzmärkten Ausschau halten. Abgesehen von den Erweiterungsräumen der Deutschen im Osten und der US-Amerikaner im Westen ihrer Kontinente, bedeutete dies die deutsche Beteiligung am „Scramble for Africa“, während die USA die Herrschaft über die ehemals spanischen Kolonien Kuba, Philippinen und Puerto Rico übernahmen. Sobald sich die britischen Eliten Ende des 19. Jahrhunderts der Endlichkeit ihrer globalen Führungsrolle bewusst wurden, befließigten sich Politik, Wissenschaft und Presse der „Greatness“-Metapher, wobei der Vergleich mit dem imperialen Rom eine zentrale Rolle spielte.

Die Konkurrenz der Großmächte um koloniale Erweiterungsräume führte zu zwei Weltkriegen, die Nachkriegsordnungen mischten die Karten neu. Erst mit dem Zweiten Weltkrieg gingen die USA als führende Ökonomie vom Isolationismus zur globalen Ordnungsmacht über, die mit Dollar, Militär und dem „American Way of Life“ Druck auf Verallgemeinerung des Freihandels machte. Weltweite Geltung erhielt dieser freilich erst nach dem Ende des Sowjetblocks, also zu einem Zeitpunkt, als das „Amerikanische Jahrhundert“ bereits im Niedergang war und die Volksrepublik China zum Aufstieg ansetzte – nun allerdings mit dem Instrumentarium, das ihr die europäischen Industrieländer im Rahmen der Globalisierung der Güterketten seit der Weltwirtschaftskrise der 1970er-Jahre zugewiesen hatten. In Europa hingegen setzte die Auseinandersetzung um die hegemoniale Nachfolge der USA einen Vertiefungs- und Erweiterungsprozess der Europäischen Union in Gang, der als supranationale Variante eines Protektionismus mit neomerkantilistischen Zügen angesehen werden kann.

Auch wenn der wirtschaftliche Aufstieg von Staaten oder Bündnissen des globalen Südens keineswegs als ausgemachte Sache angesehen werden kann: Der Glanz der alten Welt ist verblasst, der Niedergang der globalen Vorherrschaft der westlichen Industrieländer unübersehbar. Die höchsten Türme, die extravagantesten Museen und Opernhäuser, die innovativsten Verkehrs- und Infrastrukturprojekte, die Steigerungsrate ökonomischer Kennziffern von Industrie- und Sozialprodukt konzentrieren sich zwischen Dubai, Mumbai und Shanghai. Die alten Industrieländer, die im Zuge der Verlagerung der industriellen Massenproduktion in Newly Industrializing Countries (NIC) wohl korrekter als ehemalige bezeichnet werden sollten, erleben Stagnation und Krise. Deindustrialisierung lässt alte Industrieregionen und Montanreviere, die sogenannten Rust Belts, ohne jede Hoffnung.

Die neuen Leitsektoren von IT bis Biotechnologie konzentrieren sich den Verheißungen der Deterritorialisierung zum Trotz in den urbanen Räumen. Unter dem Wettbewerbsdruck der NICs haben sie die Beschäftigungsverhältnisse liberalisiert und Flexibilität zum Inbegriff des sozialen Aufstiegs gemacht. Das Wachstum von

Finanzinvestitionen auf Kosten von Realinvestitionen trägt seinerseits zur Blasenbildung bei, die Staaten auf Bankenrettung und Austerität festlegt.

In den Ländern der Europäischen Union ist der Anteil der verarbeitenden Industrie zwischen 2000 und 2012 von 19 Prozent auf 15 Prozent der Bruttowertschöpfung gesunken. Im Spitzenfeld stehen Tschechien, Irland, Ungarn und Deutschland (über 20 Prozent), die Schlusslichter bilden Griechenland, Frankreich und das Vereinigte Königreich (zehn Prozent). Was bis vor Kurzem noch als Strukturdefizit gesehen wurde, gilt heute als Rückversicherung, zumindest dann, wenn es sich nicht um verlängerte Werkbänke und Auftragsfertigung handelt, wie dies im osteuropäischen Autocluster der Fall ist, der für deutsche, US-, japanische und koreanische Konzerne fertigt. In diesem Fall ist das Wachstum ebenso trügerisch wie in der Auftragsfertigung für Elektronik- oder Bekleidungsketten, die die fleißigen Hände von Polinnen, Rumäninnen oder Bulgarinnen nützen.

Unabhängig von diesen qualitativen Unterschieden hat sich die EU-Kommission 2012 das Ziel gesetzt, den Industrieanteil bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen. Erreicht werden soll dies aus einem Mix aus neuen Technologien, intelligenten Produktion, Unternehmensförderung und Investitionen in Humankapital. Von Protektionismus ist dabei keine Rede, setzt das Programm doch auf den Ausbau von Forschung und Entwicklung, Firmenzentralen und Leitungsfunktionen sowie jenen Teilen der Güterkette, die, der Zauberformel Industrie 4.0 folgend, immer mehr

“

Trump gebührt das Verdienst, klar auszusprechen: Investitionen im Land zu halten oder sie zurückzuholen erfordert politische Steuerung.

Arbeit den Maschinen überlässt, die von qualifizierten ArbeiterInnen im Zentrum gesteuert werden. Der Rückbau der globalen Güterketten soll den NICs die Grundlage entziehen, eine zunächst niedrige Position in der Kette zum Upgrading zu nutzen, wie dies zuerst die Tigerstaaten machten und nun China vorführt. Von Protektionismus darf auch keine Rede sein, wollen die europäischen Produzenten die hier gefertigte Ware doch weltweit absetzen.

Auch das US-Pendant zur Reindustrialisierungsstrategie des „Make Europe Great Again“ stand bereits lange vor Donald Trumps Präsidentschaftskandidatur im Raum. Es war eine naheliegende Antwort auf die soziale Misere, die die alten Industriestädte zu Geisterstädten werden ließ und die Trailer Parks mit Wohnmobilen auf dem flachen Land zur einzig erschwinglichen Wohnstätte für Working Poor machte. Wie zur Zeit des Hegemonialverlusts Großbritanniens wurde die Wiedererlangung industrieller Kapazität mit dem Ruf nach „Greatness“ verknüpft.

Trumps Pläne, die alten Industrieregionen und die Verkehrsinfrastruktur wieder aufleben zu lassen, liegen also ganz im Trend. Der Westen versucht teilweise geeint, teilweise in gegenseitiger Konkurrenz das Terrain, das durch die von den multinationalen Konzernen in Gang gesetzte Verlagerung der industriellen Massenproduktion in Billiglöhnländer verloren gegangen ist, wettzumachen. Dies lässt sich mit einer Freihandelsdoktrin nicht bewerkstelligen. Trump gebührt das Verdienst, dies klar auszusprechen: Investitionen im Land zu halten oder sie zurückzuholen erfordert politische Gegensteuerung gegen die Freiheit des Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs in Sinne einer Vorrangregel für den Binnenmarkt.

Ob sich der US-Präsident der Konsequenzen bewusst ist, die die aus dem Rückbau des globalen Standortwettbewerbs zu erwartende Regionalisierung mit sich bringt, ist unklar. Die großen Schwellenländer, die sich als neue Global Players in Stellung bringen wollen, sind sich indes der Kampfansage bewusst. Nicht auszuschließen ist freilich, dass sie den Ball aufzuheben und ihrerseits ihre Binnenmärkte zur Priorität erheben: Dann müssten die wieder erstarkenden ehemaligen Industrieländer in Nordamerika und Westeuropa ihre neomerkantilistische Strategie der „Greatness“ aufgeben und sich damit begnügen, eine gleichberechtigte Rolle in einer multipolaren Welt einzunehmen. ■

Ein Beschluss des vorliegenden Bebauungsplanes für das Areal WEV/Hotel Intercontinental würde eine verheerende Wirkung auf die Stadt entfalten. Er wäre eine Einladung an alle Spekulanten: Seht her, hier gibt es noch etwas zu verdienen – und die Stadt Wien hilft euch dabei. Ein Insider berichtet.

Von Georg Kotzya

Was der Investor wünscht

Die Stadt Wien hat sich auf einen Handel eingelassen, den sie nur verlieren kann. Denn wird das Projekt am Eislaufverein so gebaut, wie es uns die Hochglanzfotos von Wertinvest vorgaukeln, dann erhält die Stadt ein städtebauliches Monstrum in der Zone des Weltkulturerbes. Sie setzt damit dieses Prädikat aufs Spiel, für das sie sich bis vor Kurzem massiv eingesetzt hat. Was hat sie zu dieser Kehrtwendung veranlasst? Was hat Bürgermeister Häupl dazu bewogen, von seiner pragmatischen Haltung abzugehen, für die er immer geschätzt wurde und die ihm mehr als 20 Jahre in seinem Amt ermöglicht hat? Was hat Planungsratspräsidentin Vassilakou dazu bewogen, sich für ein schlechtes Projekt mit aller Kraft einzusetzen, mit dem die Grünen nur Stimmen verlieren können?

In keinem der seit 1984 ausgearbeiteten vier Stadtentwicklungspläne (für die Ausarbeitung der ersten beiden, 1984 und 1994, war ich selbst verantwortlich) sind an dieser Stelle Hochhäuser ausgewiesen worden. Immerhin wurden diese Gesamtkonzepte für Wien vom Gemeinderat beschlossen und damit (zumindest für einige Zeit) verbindlich. Aber auch in den Folgekonzepten (Hochhauskonzept, Masterplan Glacis) wird nirgendwo dieser Standort als Hochhausstandort ausgewiesen. Im Gegenteil, hier handelt es sich eindeutig um eine Ausschlusszone. Man fragt sich also, auf welcher Grundlage dieser Standort freigegeben wurde.

Für die Zulässigkeit von Hochhäusern in einer gewachsenen Stadt wie Wien gibt es nur wenige Kriterien, und die sind allenfalls funktionaler Art, wie die Hervorhebung der Zentren am Stadtrand und der Knotenpunkte für den öffentlichen Verkehr, selbstverständlich unter Berücksichtigung von Ausschlusskriterien wie Schutzzonen und wichtige Sichtachsen. Der sogenannte Canaletto-Blick vom Oberen Belvedere gehört zweifellos dazu. Keinesfalls aber gehören zu den Kriterien für die Genehmigung von Hochhäusern die Wünsche von Grundstückseigentümern, selbst dann nicht, wenn diese auf die Unterstützung der größten Tageszeitung des Landes und einiger weniger Befürworter aus der Wiener Architekturszene zurückgreifen können, die am umständlichen

Verfahren zur Legitimation der Investorenwünsche mitgewirkt haben und daher als befugten gelten können.

Wie sieht nun der Deal des Investors mit der Stadt aus, der einen Mehrwert für die Stadt bringen soll? Neben einem öffentlichen Fußweg zur Querung des Geländes dem Konzerthaus entlang und zur Verbindung von Lothringerstraße und Heumarkt sind das ein Turnsaal, der vom angrenzenden Gymnasium genutzt werden kann, ein unterirdischer Trainingsraum für den Eislaufverein und Proberäume für das Konzerthaus. Erstaunlicherweise ist von den genannten Einrichtungen im Antrag der MA 21 an den Gemeinderat, aber auch im dazugehörigen Erläuterungsbericht nichts zu lesen. Kann es sein, dass das alles nur Propaganda des Investors ist, der Stimmung für sein Projekt macht? Gibt es dazu privatrechtliche Verträge? Man weiß es nicht, denn öffentlich sind diese Verträge nicht.

Der Eislaufplatz selbst wird in verdrehter Lage erhalten, rückt zehn Meter in den Straßenraum und soll außerhalb der Saison öffentlich zugänglich sein. Damit wird aber auch die Verlegung der Bundesstraße eins erzwungen. Sie steht im Eigentum der Stadt Wien, ist erst vor einigen Jahren neu gebaut worden und hat noch lange nicht ihr Lebensende erreicht. Die Stadt verzichtet also hier auf ihr Eigentum, verlegt eine funktionierende Straße zur Schule und zum Park und verkauft das der Bevölkerung als öffentlichen Mehrwert. Auch wenn die Kosten der Verlegung vom Investor übernommen werden sollten, ist das für die Stadt kein Nullsummenspiel, weil diese Kosten wohl Eingang in die Renditerechnung und damit in die Erhöhung der Kubatur gefunden haben.

Von den zu erwartenden technischen Problemen bei der Verlegung der Straße auf den Wienflusstunnel spricht derzeit noch niemand. Bei Verzicht auf den Wohntrum könnte man die Eisfläche an Ort und Stelle belassen und müsste hier nichts ändern. Bei näherer Betrachtung zeigt sich also, dass der viel beschworene Mehrwert für die Wiener in Wahrheit ein Mehrwert für einige wenige Profiteure ist. Ganz sicher ist er aber ein Gewinn für den Investor, der von der Stadt ein äußerst großzügiges Geschenk in Form eines Bebauungsplanes erhält, der eine gewaltige finanzielle Aufwertung seiner Grundstücke bewirkt und sozusagen „alle Stückeln“ spielt.

Spricht man mit befassten Beamten, die die lange Geschichte des Projektes begleiten mussten, dann hört man vielsagendes Schweigen oder offene Ablehnung, die freilich nicht öffentlich artikuliert werden kann. Ihnen ist kaum ein Vorwurf zu machen, denn sie wollen nicht ihre Karriere gefährden. Dieses Verhalten führt allerdings bei vielen, insbesondere bei Spitzenbeamten, zu Selbstzensur und zur Willfährigkeit gegenüber Wünschen der Politik. Diese hat hier – wie so oft – es verabsäumt, einen breiten Grundkonsens in der Bevölkerung oder zumindest ein Klima der Akzeptanz herbeizuführen. Genau dafür und für nichts anderes sind Politiker doch gewählt worden und nicht für die Durchsetzung der Eigeninteressen von Grundstückseigentümern.

Grundregeln missachtet

Sollte es tatsächlich zu einem Beschluss des derzeit vorliegenden Bebauungsplanes im Gemeinderat kommen, werden nicht nur sämtliche stadtplanerischen und städtebaulichen Grundregeln missachtet und die Stadt dem privaten Renditeinteresse geopfert, sondern es wird auch eine Hypothek auf die Zukunft eingegangen. Es wird quasi die Büchse der Pandora geöffnet. Denn was alles passieren kann, nachdem der Investor den Beschluss in der Tasche hat, weiß man aus langjähriger Erfahrung auch mit kleiner dimensionierten Projekten. Wird der ausgehandelte Nutzen für die Stadt tatsächlich Realität oder vielleicht nur in Teilen? Wird er mangels gesetzlicher Grundlage auch einklagbar sein? Was passiert, wenn der Investor seine Grundstücke einschließlich deren Aufwertung – also seinen Mehrwert – verkauft? Wird sich ein neuer Eigentümer an alle privatrechtlichen Auflagen halten? Ich kann mich jedenfalls nicht an ein Beispiel erinnern, wo es nach so massiver Aufwertung eines Grundstückes zu einer Redimensionierung der rechtlich gesicherten Bebauung gekommen wäre.

Ein Beschluss dieses Bebauungsplanes wird eine verheerende Wirkung für die Stadt mit sich bringen. Er wird eine Einladung an alle Spekulanten sein: Seht her, hier gibt es noch etwas zu verdienen, und zwar mit einer weitaus höheren Rendite als sonst wo auf dem Kapitalmarkt – und die Stadt hilft euch dabei. ■



ANDREA KOMLOSY

Geboren 1957 in Wien. Professorin am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Bei Böhlau: „Globalgeschichte: Methoden und Theorien“, im Promedia Verlag: „Arbeit: Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert“.



GEORG KOTZYA

Geboren 1940 in Wien. Dipl.-Ing. Langjähriger stellvertretender Leiter der MA 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung). Vorlesungen zum Städtebau an der TU Wien. Mitglied der Deutschen Akademie für Raumforschung und Landesplanung.